

Rüdiger Hachtmann

„Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.“ Aufwertung des Arbeitsbegriffs durch den Nationalsozialismus?

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1064>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, „Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.“ Aufwertung des Arbeitsbegriffs durch den Nationalsozialismus?,
in: Die Praxis und die höheren Sphären – „Zwei Kulturen“ oder nur ein Missverständnis, herausgegeben von Stefan Krimm und Martin Sachse, Bayerischer Schulbuch Verlag München, 2006, S. 128-152

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: [<redaktion@zeitgeschichte-digital.de>](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)



Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (2006), „Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.“ Aufwertung des Arbeitsbegriffs durch den Nationalsozialismus?, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1064>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, „Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.“ Aufwertung des Arbeitsbegriffs durch den Nationalsozialismus?, in: Die Praxis und die höheren Sphären – „Zwei Kulturen“ oder nur ein Missverständnis, herausgegeben von Stefan Krimm und Martin Sachse, Bayerischer Schulbuch Verlag München, 2006, S. 128-152

Die Praxis und die höheren Sphären – „Zwei Kulturen“ oder nur ein Missverständnis?

Acta Hohenschwangau

Herausgegeben von
Ministerialrat Dr. Stefan Krimm
und Oberstudienrat Martin Sachse

Bayerischer Schulbuch Verlag

Im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für
Unterricht und Kultus

herausgegeben von Ministerialrat Dr. Stefan Krimm
und Oberstudienrat Martin Sachse

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

© 2006 Bayerischer Schulbuch Verlag GmbH, München

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen
Fällen bedarf deshalb der schriftlichen Einwilligung des Verlags.

Das Staatsinstitut hat sich bemüht, sämtliche Abdruckrechte
einzuholen. Wo dies nicht gelungen ist, können berechnete
Ansprüche im üblichen Umfang auch nachträglich geltend
gemacht werden.

Einband: Ingeborg Rothmund, München
Satz: Martin Sachse, ISB München
Druck: MB Verlagsdruck, Schrobenhausen

ISBN: 3-7627-0064-8

ISBN: 978-3-7627-0064-7

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Mitarbeiter		4
Vorwort		7
Stefan Krimm	Die Praxis und die höheren Sphären – „Zwei Kulturen“ oder nur ein Missverständnis?	9
Hans-Joachim Gehrke	Geistesleben und Praxisbezug im antiken Wertekanon	13
Hartmut Kugler	Ein ferner Spiegel: Alltag und Arbeit in der höfischen Epik	35
Friedrich Vollhardt	Die Schwere der Luft. Das Vakuumexperiment und die Naturerkenntnis in der Literatur der frühen Neuzeit	55
Dirk Niefanger	Leben – Schreiben – Literatur: Monika Maron	79
	Podiumsgespräch mit Monika Maron, Dirk Niefanger und Stefan Krimm	97
Gudrun Gersmann	Die Neubewertung von Wissenschaft, Technik und Praxis in der Zeit der Französischen Revolution	118
Rüdiger Hachtmarin	„Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.“ Aufwertung des Arbeitsbegriffs durch den Nationalsozialismus?	128
Stefan Krimm	Was heißt und zu welchem Ende erwirbt man heute „Bildung“?	153
Wolfgang Riedel	„The Proper Study of Mankind is Man.“	155
Ernst Peter Fischer	Wie viel Naturwissenschaft braucht der gebildete Mensch?	168
Ernst Peter Fischer / Stefan Krimm / Wolfgang Riedel	Abschlussdiskussion: Bildung heute	189

Rüdiger Hachtmann

“Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust.“ Aufwertung des Arbeitsbegriffs durch den Nationalsozialismus?

Am 13. Mai 1939, also ein gutes Vierteljahr vor Beginn des Zweiten Weltkrieges, ließ Robert Ley, Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Chef der Massenorganisation Deutsche Arbeitsfront, unter dem Titel „Nachlese und Bilanz vom 1. Mai 1939“, in der nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Angriff“ einen Leitartikel publizieren. In diesem Artikel heißt es u. a.:

„Die große Erkenntnis des Nationalsozialismus vom Adel der Arbeit hat sich von Jahr zu Jahr seit der Machtübernahme immer tiefer in die Werkstätten, Bauernhöfe, Fabriken und Kontore und in die Menschen, die dort arbeiten, [...] eingegraben. [...] Wir Schaffenden huldigen der Arbeit, die unsere Leistung begründet, als dem Ausdruck unserer Ehre. [...] Wir sind Arbeitsfanatiker. Wir erklären, daß die Arbeit dem Menschen nicht schadet, solange der Geist der Volksgemeinschaft die Arbeit durchpulst und durchflutet“ - einer „Volksgemeinschaft“, die das gesamte „Volk“ und die ganze „Rasse“ umfaßte, für die „alles Gerede von den bayerischen Belangen [oder] von der österreichischen Gemütlichkeit [...] nichts als leeres Geschwätz voll Heuchelei und Betrug bedeutet.“

Zwei Jahre später, am 1. Mai 1941, wenige Wochen vor dem Angriff auf die Sowjetunion, machte derselbe Robert Ley in derselben

Zeitung noch deutlicher, worauf diese nur scheinbare Nobilitierung der Arbeit hinauslaufen sollte:¹

„Arbeit ist für uns Nationalsozialisten nicht nur ein wirtschaftlicher Begriff, sondern eine zutiefst weltanschauliche These. Arbeit ist Ausdruck des Lebenskampfes [...] Der Krieg steht nicht im Gegensatz zum Frieden, sondern er ist uns die letzte, höchste und edelste Ausdrucksweise des Lebenskampfes.“

Arbeiten und Krieg, als der höchste Ausdruck sozialdarwinistischen Lebenskampfes, waren nach nationalsozialistischer Lesart also zwei Seiten derselben Medaille. Ley weiter:

„Der Soldat war in allem unser Vorbild [...]. So war es ganz klar, daß auch der deutsche Arbeiter in seinem alltäglichen Leben, in der Fabrik, am Arbeitsplatz, immer mehr in das soldatische Denken und Empfinden unseres Volkes hineinwuchs. [...] Wir [haben] die soldatischen Tugenden, die in unserer Rasse und in unserem Volk vorhanden sind, auch für die Organisation unseres Arbeitslebens eingesetzt. Wecke im Deutschen den Soldat[en], und du wirst immer die höchste Leistung und den größten Erfolg aus ihm herausholen können!“

Der Prototyp des Arbeiters, wie ihn sich die Nationalsozialisten wünschten, war der sog. Frontarbeiter, der mit der Errichtung militärischer Anlagen befasst war und unmittelbar militärischer Befehlsgewalt unterstand.

„Er [= der Frontarbeiter] ist die sichtbare Synthese zwischen Arbeiter und Soldat und damit auch sichtbarer Ausdruck unseres neuen, revolutionären deutschen Arbeitertums! [...] Der Frontarbeiter ist zum Vorbild für das zukünftige deutsche Arbeitertum insgesamt geworden.“

Deutlich wird, erstens: Arbeit und Volksgemeinschaft gehören in nationalsozialistischer Perspektive zusammen. Aber nicht nur das. Das

¹ Ley, Robert: Betrachtungen zum 1. Mai. Der Frontarbeiter. In: Angriff, Nr.104/105, vom 1./2. Mai 1941.

zweite Zitat bringt darüber hinaus unverblümt zum Ausdruck, dass die Nationalsozialisten Arbeit und Kampf und Arbeit und Krieg zusammendachten.

Nun könnte man einwenden, Ley habe das 1939 und 1941 gesagt, als der Krieg unmittelbar bevorstand bzw. schon längst geführt wurde. Man könnte vermuten, dass dahinter kurzfristige, taktisch-psychologisch motivierte Mobilisierungsabsichten standen. Das allerdings wäre kurzschlüssig. Denn derselbe Robert Ley hat den Begriff „Soldaten der Arbeit“ bereits 1937/38 geprägt, als Titel eines Buches, das in hoher Auflage erschien und Reden enthielt, die Ley in den ersten Jahren nach der Machtergreifung hielt. Zurück geht das Schlagwort von den „Soldaten der Arbeit“ zwar auf eine beiläufige Bemerkung Hitlers in einem Aufruf vom 4. Mai 1933.² Popularisiert wurden die „Soldaten der Arbeit“ jedoch erst durch das gleichnamige Buch Leys, in dem die Unternehmer terminologisch zu „Offizieren der Wirtschaft“ und die Arbeitnehmer zu einfachen „Soldaten der Arbeit“ mutierten.³ Soldat und Arbeiter wurden sprachlich unmittelbar verklammert. Deutlich wird dies auch z. B. in den Passagen des Buches, in denen Ley fünf Jahre nach der Machtübernahme von „dem Soldaten“ als „dem schönsten Vorbild“ der Betriebs- und Volksgemeinschaft fabulierte und das „soldatische Empfinden“ und die „soldatische Gemeinschaft“ in den höchsten Tönen pries.⁴

Dass hier Zitate von Robert Ley ausgewählt wurden, war nicht zufällig. Robert Ley war seit Mitte der zwanziger Jahre einer der engsten Paladine Hitlers, der ihm bis zum bitteren Ende 1945 die Treue hielt. In der Nachfolge Gregor Strassers ernannte Hitler Ley im November 1932 zum „Stabsleiter der Obersten Parteiorganisation“ bzw. „Reichsorgani-

² Vgl. Büchmann, Georg (Hrsg.): Geflügelte Worte. Zitatenschatz des deutschen Volkes, 29. Auflage, fortgesetzt von Walter Robert-Tornow u. a., neu bearbeitet von Gunther Haupt und Werner Rust, Berlin 1942, S. 644.

³ Vgl. Marrenbach, Otto: Vorwort zu Robert Ley: Soldaten der Arbeit. München 1938, S. 7.

⁴ Ley, Robert: Arbeiter und Soldaten – sie haben eine gemeinsame Ehre. In: ebd., S. 37-42, hier: S.42.

sationsleiter“ der NSDAP; damit stieg er zum Rivalen zunächst von Rudolf Heß und später Martin Bormann auf.⁵

Wichtiger als das Amt des Reichsorganisationsleiters war Leys Funktion als Führer der Deutschen Arbeitsfront (kurz: DAF), einer riesigen Organisation, die unmittelbar nach der Zerschlagung der Gewerkschaften auf den Trümmern der Arbeitnehmerorganisationen als (zugespißt formuliert) volkspädagogische Vorfeldorganisation der NSDAP errichtet wurde. Entgegen manchem immer noch kolportierten Vorurteil besaß die DAF keine gewerkschaftsähnlichen Züge; sie sollte vielmehr die autoritär-patriarchale Integration der deutschen Arbeiterschaft in das NS-System in die Wege leiten – einer Arbeiterschaft, die bis 1933 als soziale Großgruppe der wohl entscheidendste Gegner der Hitler-Bewegung war, gleichgültig ob sozialdemokratisch, kommunistisch oder christlich orientiert.⁶ Als Leiter dieser Arbeitsfront war es vor allem Robert Ley, der innerhalb der NS-Führungsriege für unser Thema, den Arbeitsbegriff und die „Arbeiter der Stirn und der Faust“, zuständig war. Hitler bezeichnete Ley nicht grundlos als „meinen Idealisten“. Ley kann also eine Art Sprachrohr auch „des Führers“ in Sachen „Arbeitsbegriff“ genommen werden.

⁵ Den Titel „Reichsorganisationsleiter“ führte Ley erst seit November 1934. Zur Biographie ausführlich: Smelser, Ronald: Hitlers Mann an der 'Arbeitsfront'. Robert Ley. Eine Biographie. Paderborn 1989.

⁶ Vgl. Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München 1991, bes. S. 198-229. Nach den Ergebnissen Falters war zwar der Anteil der „Arbeiter“ unter den Wählern (in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung) deutlich unterdurchschnittlich, er blieb jedoch mit etwa 27-28% während der Wahlen 1928 bis 1933 signifikant. Hier muss berücksichtigt werden, dass die vom Statistischen Reichsamt und den Landesämtern verwendete sozialstatistische Kategorie „Arbeiter“ außerordentlich grob ist und u. a. auch Lohnabhängige in handwerksähnlichen Betrieben, in Kleinstädten usw. einschließt. Eine differenziertere Wahlanalyse (die angesichts der überlieferten Unterlagen freilich nicht möglich ist) würde ergeben, dass das Industrieproletariat im engeren Sinne – Großstädte, Industriebetriebe – gegen den Nationalsozialismus weitgehend resistent geblieben ist, gleichgültig ob sozialdemokratischer, kommunistischer oder katholischer Couleur. Vgl. ebd., S. 207 ff. Ein weiteres wichtiges Indiz für die relative Resistenz der Industriearbeiterschaft im engeren Sinne ist, dass die NSBO dort bei Betriebsratswahlen zu keinem Zeitpunkt wirklich Fuß fassen konnte (im Gegensatz zu niederen Angestellten). Vgl. als Überblick: Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999, S. 74 f.

Die Tageszeitung „Der Angriff“ wiederum, der die Zitate entnommen sind, wurde nominell von Joseph Goebbels herausgegeben. Tatsächlich war sie im Besitz der Arbeitsfront, das Sprachrohr dieser Massenorganisation und mit einer Auflage von 150.000 (1939) nach dem „Völkischen Beobachter“ die auflagenstärkste nationalsozialistische Tageszeitung, mithin in erheblichem Maße politisch mentalitätsprägend. Beide Zitate führen in das Zentrum meines Vortrages „Arbeiter der Faust, Arbeiter der Stirn“. Den Untertitel „*Aufwertung des Arbeitsbegriffs*“ ist nicht ohne Grund mit einem Fragezeichen versehen. Tatsächlich – und dies wird im Folgenden ausführlicher skizziert – handelt es sich um eine *Umwertung* des Arbeitsbegriffs.

Ich werde mich im Folgenden zunächst mit den Begriffen selbst befassen und in einem ersten Schritt mehrere Lexika und Wörterbücher aufschlagen, um nachzuschauen, was diese zu unseren Begriffen mitzuteilen haben. Danach werden die NS-spezifischen Konnotationen des Arbeits- und des Arbeiterbegriffs thematisiert, insbesondere auf die rassistischen und militaristischen Aufladungen der beiden Begrifflichkeiten.

Im zweiten Teil meines Vortrages werde ich die sprachliche Sphäre mit der harten sozialpolitischen Praxis der Hitler-Diktatur konfrontieren – und zwar mit den sozialen Verhältnissen der Arbeiterschaft, als dem Kern der „Arbeiter der Faust“. Anschließend werde ich knappe Schlaglichter auf die „Arbeiter der Stirn“ setzen, indem ich eine Elite dieser „Arbeiter der Stirn“ herausgreife, den (wenn man so will:) „wissenschaftlichen Hochadel“ in Deutschland damals, die Direktoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Kaiser-Willhelm-Gesellschaft, der Vorgängerinstitution der heutigen Max-Planck-Gesellschaft. Sie war noch renommierter als die MPG, suchte damals als Forschungsverbund der deutschen Spitzenforschung bis mindestens Ende der dreißiger Jahre auch international ihresgleichen und versammelte nicht zuletzt fast alle, damals noch ziemlich zahlreichen deutschen Nobelpreisträger in ihren Reihen.

I. Sprache und Begriffe

I.1. Suche nach dem Ursprung der „Arbeiter der Faust“ und der „Arbeiter der Stirn“

Der erste Griff, den man macht, wenn man die Bedeutung und die Herkunft eines Wortes genauer klären will, ist der zum Grimm'schen Wörterbuch, buchstäblich ein Jahrhundertwerk, 1854 begonnen und erst 1954, mit Band 32, abgeschlossen. Unsere zentralen Begriffe „Arbeit“ und „Arbeiter“ werden gleich im ersten Band erläutert, den die Gebrüder Grimm noch selbst besorgt haben. „Arbeit“ sei (heißt es dort) „ein uraltes, viel merkwürdige seiten darbietendes wort“.⁷ Fünf Seiten später findet sich unter dem Stichwort „Arbeiter“ folgender Eintrag der Gebrüder Grimm: „Unter den arbeitern, der arbeitenden classe denkt man sich vorzugsweise handarbeiter, im haus, im feld, in den fabriken“.⁸ Im Kontext der Grimm'schen Darlegungen zum Arbeitsbegriff finden sich auch die Bedeutungsvarianten „kopfarbeit, geistige arbeit, bücherarbeit, gelehrte arbeiten“. Die von den Nationalsozialisten inflationär gebrauchten Termini „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“ finden sich dagegen weder im Deutschen Wörterbuch der Gebrüder Grimm noch in einem anderen Wörterbuch des 19. Jahrhunderts. Wann und wo aber tauchen die Begriffe „Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust“ das erste Mal auf?

Als ich einem befreundeten Kollegen diese Frage stellte, meinte der, ich solle in den Marx-Engels-Werken nachschauen. Die beiden haben die Arbeiterklasse bekanntlich zum revolutionären Subjekt erklärt. Vor allem Marx hat sich als Ökonom auch sonst sehr intensiv mit der Funktion und Struktur der Arbeit in der modernen Gesellschaft befasst. Also habe ich mir die CD-ROM besorgt und die beiden Begriffe „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“ eingegeben. Resultat: Fehlanzeige. Dominant sind bei den Klassikern des Marxismus die Termini „Hand- und Kopfarbeiter“ oder „Hand- und Kopfarbeit“, ebenso übrigens bei den Nationalökonomern und den meisten Kathedersozialisten des 19. Jahrhunderts sowie in der internationalen sozialistischen Bewe-

⁷ „Arbeit“, in: Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm, Bd.1: A-Biermolke, Leipzig 1854 (Reprint 1984), S. 538.

⁸ „Arbeiter“, in: ebd., S. 543.

gung des 20. Jahrhunderts. Für den Stalinismus kann ich mir die Termini „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“ bzw. entsprechende Übersetzungen zwar gut vorstellen. Jedenfalls legen martialische Bildkultur und Sprache des Stalinismus diese Vermutung nahe. Mindestens unter deutschen Kommunisten scheinen die nazistischen Begriffe „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“ allerdings nicht verwandt worden zu sein.

Also zurück zu den Lexika, diesmal zu den zeitgenössischen Lexika des „Dritten Reiches“. Im Ergänzungsband des „Großen Brockhaus“ aus dem Jahre 1935 wird fast lakonisch festgestellt:

„Die nationalsozialistische Sozialpolitik ist darauf gerichtet, den A[rbeiter] als ‚sozialen Gegenspieler‘ im Sinne der Klassenkampfbildern des Marxismus zu beseitigen, ihn in den Stand zu erheben, d. h. ihn zum vollwertigen Mitglied der Volksgemeinschaft zu machen, den ‚Arbeiter der Stirn‘ ebenso wie den ‚Arbeiter der Faust‘. [...] Der für die nationalsozialistische Weltanschauung entscheidende Begriff der Ehre [soll] auch das Arbeitsleben fruchtbar gestalten und dem A[rbeiter] diejenige Achtung sichern, die ihm bei der Erfüllung seiner Pflichten im Betrieb zusteht.“⁹

Der Begriff „Arbeit“ wiederum, heißt es im „Großen Brockhaus“ ähnlich wie in den eingangs zitierten Sätzen Leys, sei „nach nationalsozialistischer Auffassung jede im Dienste an der Volksgemeinschaft stehende Betätigung körperl[icher] und geistiger Kräfte als [ein] alle Volksgenossen zur Leistungsgemeinschaft verbindendes Schaffen.“¹⁰ Auch im sog. Volksbrockhaus von 1939 wird im Eintrag „Arbeit“ bzw. „Arbeiter“ der „Nutzen von Volk und Staat“ als zentrales Element des Begriffes hervorgehoben.¹¹ „Arbeit“ und „Arbeiter“ haben also, so wird hier deutlich, mit „Volksgemeinschaft, mit „Pflicht“ und deutscher „Ehre“ zu tun. Marxistische Konnotationen der Begriffe „Arbeit“ und „Arbeiter“ sollen verschwinden. Der inflationären Verwendung der

⁹ Der Große Brockhaus. Handbuch des Wissens in zwanzig Bänden. Ergänzungsband A-Z, Leipzig 1935, S. 37.

¹⁰ „Arbeit“, in: ebd., S. 36.

¹¹ Der Volks-Brockhaus. Deutsches Sach- und Sprachwörterbuch zum Nutzen für Schule und Haus, A-Z, Leipzig 1939, S. 27.

Schlagworte „Arbeiter der Stirn und der Faust“ liegt die Absicht zugrunde, die klassisch-marxistischen und ebenso die klassisch-nationalökonomischen Bedeutungsinhalte der Begriffe „Arbeit“ und „Arbeiter“ zu tilgen. Hier sind die NS-Lexika eindeutig.

Zu den Wortwurzeln, zur Entstehungsgeschichte der Begriffe „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“ finden sich jedoch weder in diesen noch in anderen Lexika Angaben. In der 29. Auflage des sog. Büchmann / Rust, Obertitel: „Geflügelte Worte“, Untertitel: „Zitatenschatz des deutschen Volkes“, aus dem Jahre 1942 bin ich schließlich fündig geworden: „Der von Hitler geprägte Ausdruck ‚Arbeiter der Faust und der Stirn‘ findet sich gedruckt zuerst im Völk[ischen] Beob[achter] vom 5. Juni 1921.“¹² Er ist also offensichtlich eine genuine Erfindung der Nazis und ihres Führers und fand bereits kurze Zeit nach Umbenennung der Münchner DAP in NSDAP und noch einen Monat, bevor Hitler offiziell zum Vorsitzenden der NSDAP gekürt wurde, Eingang in den Sprachhaushalt dieser Bewegung.

Schaut man nun weiter, in späteren Hitler-Reden nach, stellt man fest, das beide Begriffe allmählich zur stehenden Redewendung werden: In einem Agitationsvortrag vom 24. April 1923 beispielsweise, ein halbes Jahr vor dem Putschversuch in München, erklärte der spätere sog. Führer: „Der Arbeiter der Stirn und der Faust [...] gehören zusammen, und aus diesen beiden muß sich ein neuer Mensch herauskristallisieren – der Mensch des kommenden Deutschen Reiches.“¹³ Die Reihe mit Zitaten, in denen die Worte „Arbeiter der Stirn und der Faust“ auftauchen, ließe sich fortsetzen.

1.2. Sprachpolitik gegen die Linke

Eingangs ist bereits angedeutet worden, dass die Begriffe „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“ von der politischen Linken nicht benutzt wurden und dies für die Schöpfung sowie die inflationäre Verwendung der beiden Schlagworte von Bedeutung ist. Dahinter und ebenso hinter dem Tatbestand, dass umgekehrt die Nazis die Begriffe

¹² Büchmann (Hrsg.): Geflügelte Worte 1942, S. 643.

¹³ In: Adolf Hitler spricht. Ein Lexikon des Nationalsozialismus, Leipzig 1934, S. 33.

„Kopf- und Handarbeiter“ nur ungern verwandten, verbirgt sich eine kalkulierte Sprachpolitik: Die Nationalsozialisten zerschlugen nicht nur die Organisationen der Arbeiterbewegung auf eine bis dahin unbekannt brutale Art und Weise. Die NS-Propaganda, die seit 1933 ein Monopol auf die offizielle Sprache besaß, suchte darüber hinaus die Mentalitäten neu zu prägen, also die Arbeiterbewegung, deren Milieus und die dort verankerten Normen und Wertsysteme vergessen zu machen, indem sie neue Begriffe schöpfte und den Sprachgebrauch totalitär veränderte. Auch deshalb wurden die Begriffe „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“ unter der Hitler-Diktatur zur stehenden Redewendung.

Beide Schlagworte sind nur ein Beispiel für die totalitäre Sprachpolitik der Nationalsozialisten, ein anderes ist der Begriff „Arbeitertum“. Der Begriff „Arbeitertum“ geht auf den völkisch-antisemitischen Kathedersozialisten Eugen Dühring zurück. Dühring wiederum ist zu nachhaltiger Bekanntheit eigentlich nur gekommen, weil sich Friedrich Engels in seiner berühmten Schrift „Anti-Dühring“ mit ihm und seinen Ansichten polemisch auseinandergesetzt hat. Dühring hat den Begriff „Arbeitertum“ 1889 geprägt. Die Nationalsozialisten haben diesen Begriff dann aufgegriffen und mit „Arbeitertum“ das Wort „Proletariat“ zu ersetzen versucht – in der Absicht, damit auch das proletarische Klassenbewusstsein als politisch-ideologische Basis der organisierten linken Arbeiterbewegung aus den Köpfen zu vertreiben.¹⁴

I.3. Militaristische Aufladung des „Arbeits-“ und „Arbeiter“-Begriffs

Die Schlagworte „Arbeiter der Stirn“ und „Arbeiter der Faust“ klingen anders als die vordem gebräuchlichen Wörter „Handarbeiter“ und „Kopfarbeiter“. Sie besitzen etwas Kriegerisches, Aggressives. Man vermeint die typischen NS-Plakate vor sich zu sehen: breiter, muskulöser Körper, vorgerecktes Kinn und ein, im Vergleich zum Rumpf, relativ kleiner Kopf.

Die Begriffe „Arbeiter der Faust und der Stirn“ sind keineswegs die einzigen, seit 1933 häufig gebrauchten Ausdrücke, die einen stark

¹⁴ Vgl. Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin/New York 2000, S. 41 ff.

militärischen oder militaristischen Klang besitzen. Es lassen sich zahlreiche weitere finden. Nur einige Beispiele:

- Statt von „Arbeitsmarkt“ sprachen die Nazis von „**Arbeitseinsatz**“, ein Begriff übrigens, der den Realitäten der Hitler-Diktatur durchaus angemessen war, da die Freiheit der Arbeitsplatzwahl bereits seit 1934 allmählich eingeschränkt wurde. Einen vorläufigen Abschluss fand die Einschränkung der Arbeitsplatzwahl in der Teildienstpflicht vom 22. Juni 1938 sowie der unbegrenzten Dienstpflicht vom 13. Februar 1939. Im Begriff des „Arbeitseinsatzes“ drückt sich aus, dass die Arbeiterschaft zu einer, ihrer Freiheiten beraubten Manövriermasse wurde, die entsprechend den Zielsetzungen des NS-Regimes mal hierhin, mal dorthin verschoben wurde. Nach 1939 wurden weitere Varianten dieses Begriffs ins Leben gesetzt, z. B. „**Fremdarbeitereinsatz**“ oder „**Europaeinsatz**“.
- Ein zweites Beispiel für militaristisches Vokabular: Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit in den Jahren 1933 bis 1936 wurde zur „**Arbeitsschlacht**“. Es wurden also bereits in den nur scheinbar friedlichen ersten sechs Jahren des Tausendjährigen Reiches Kriege geführt und Schlachten, „Arbeitsschlachten“ geschlagen. Begriffe wie „Arbeitsschlacht“ fanden eine rasche, allgemeine Akzeptanz selbst in den anfangs noch nicht gleichgeschalteten Zeitungen und Zeitschriften. Dies verweist nicht zuletzt darauf, dass der Erste Weltkrieg unmittelbar zum engeren Erfahrungs- und Begriffshorizont der Zeitgenossen gehörte. Nicht zufällig wurde gern auch z. B. der Ausdruck „Hindenburg-Programm“ (in Anspielung auf die forcierte Umstellung der deutschen Gesellschaft und des Arbeitslebens auf den Krieg Ende 1916) benutzt, etwa um die Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf eine forcierte Aufrüstung anschaulich, für die Zeitgenossen nachvollziehbar, zu unterstreichen.

Das Denken und Sprechen in militärischen und militaristischen Kategorien war in den 30er Jahren selbstverständlich. Dabei mussten sich die Zeitgenossen gar nicht an den Ersten Weltkrieg, an das Abschlachten namentlich an der Westfront, zurückerinnern. Nach 1918 wurde der Krieg auf den Straßen deutscher Groß- und Kleinstädte ja fortgesetzt. Begriffe wie „Arbeitsschlacht“ oder „Soldaten der Arbeit“ bringen überdeutlich zum Ausdruck, dass der Krieg und das Denken in

militaristischen Kategorien zum Kernbestand der NS-Ideologie gehörte und zentraler Bestandteil des Denkens, Handelns und Fühlens der NS-Bewegung und der Hitler-Anhänger war. Nach der NS-Machtergreifung wurde daraus rasch eine entsprechende politische Praxis: Die Aufrüstung des „Dritten Reiches“ wurde seit dem Austritt aus dem Völkerbund Ende 1933 offen betrieben, 1935 bekanntlich die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt und die Gesellschaft auf den Krieg orientiert. Nicht nur der Terminus „Soldaten der Arbeit“, auch der bei der NS-Propaganda ausgesprochen beliebte Begriff der „Arbeitschlacht“ macht aus dem Willen zur Militarisierung der Arbeitswelt des „Dritten Reiches“ keinen Hehl. Noch mehr gilt dies für den erwähnten, von Robert Ley kreierten Begriff des „Soldaten der Arbeit“.

In denselben sprachlichen Kontext gehören schließlich zwei weitere Termini: der Begriff der „*Gefolgschaft*“ und der Begriff des „Betriebsführers“. Beide Termini markieren ein schroff hierarchisches Verhältnis, die absolute Unterordnung der „Gefolgschaft“ unter den „Führer des Betriebes“. So heißt es denn auch nicht zufällig im Artikel 2 des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“, das seit Januar 1934 die Betriebs- und Arbeitsverfassung in Deutschland von Grund auf änderte:

„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten“. Die Gefolgschaft „hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten.“

„Gefolgschaft“, so hat Victor Klemperer, der durch seine Tagebücher berühmt gewordene Philologe, diesen Begriff in seiner Analyse der nationalsozialistischen Sprache kommentiert,

„belud sie [= die Arbeiter und Angestellten] mit altdeutscher Tradition, das machte sie zu Vasallen, zu waffentragenden und zur Treue verpflichteten Gefolgschaftsleuten ·adliger, ritterlicher Herren. War solche Kostümierung ein harmloses Spiel? Durchaus nicht. Es bog ein friedliches Verhältnis ins Kriegerische“.¹⁵

¹⁵ Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen. Leipzig 1996 [EA 1946], S. 304.

Auch der Begriff „Gefolgschaft“ besitzt also kriegerische Konnotationen. Darüber hinaus signalisieren bereits die Termini „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“, dass dem inflationären Gebrauch des Begriffes „Arbeit“ in der NS-Propaganda keine substantielle Aufwertung des Arbeitnehmers, keine Stärkung seiner rechtlichen und sozialen Stellung in der industriellen Arbeitswelt gegenüberstand. Im Gegenteil. Der Begriff „Gefolgschaft“ markiert einen substantiellen Verlust an Rechten, keineswegs nur den Wegfall der Mitbestimmungsrechte der 1933 beseitigten Betriebsräte.¹⁶ Der von der NS-Propaganda gleichfalls häufig benutzte, vormoderne, altdeutsch anmutende Begriff der „Ehre“, oder „Arbeitsehre“, kaschierte die Aushöhlung der Rechtsposition der Arbeitnehmerschaft nur schlecht.

I.4. Rassistische Konnotationen

Schließlich sei eine weitere Bedeutungsebene angesprochen, die im nationalsozialistischen Arbeitsbegriff immer mitzudenken ist: die rassistischen Konnotationen. Auch hierzu erneut ein Hitler-Zitat, gleichfalls wiederum aus der Zeit, als die NSDAP noch eine unbedeutende Sekte war, aus dem Jahre 1922:

¹⁶ Die mit dem AOG geschaffenen „Vertrauensräte“ knüpften lediglich dem Namen nach an die alten Betriebsräte der Weimarer Republik an. Tatsächlich hatten die Vertrauensräte mit den alten Betriebsräten kaum mehr etwas gemein und sämtliche Mitbestimmungsbefugnisse verloren. Sie waren keine Interessenvertretungen der Arbeitnehmer. Sie hatten (so sahen die §§ 6 und 10 vor) das „gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen“, „der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen [also Arbeitnehmer und Arbeitgeber] untereinander und mit dem Betrieb und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft“ zu dienen, die „Gemeinschaft aller Volksgenossen unter Zurückstellung eigennütziger Interessen“ und die „Verbesserung der Arbeitsleistung“ zu fördern. Um alle Zweifel auszuräumen, stand der ‚Betriebsführer‘ zudem an der Spitze des Vertrauensrates. Sitzungen des Vertrauensrates wurden von ihm einberufen. Ausführlich (auch zur Tätigkeit der Vertrauensräte) vgl. vor allem: Frese, Matthias: Betriebspolitik im „Dritten Reich“. Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933-1939. Paderborn 1991, S. 169-227; Zollitsch, Wolfgang: Arbeiter zwischen Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jahre 1928 bis 1936. Göttingen 1990, S. 214-235.

„Arbeit fassen wir auf in unserem germanischen Sinn als Pflichterfüllung für eine Volksgemeinschaft [...]. Der Arier faßt Arbeit auf als Grundlage zur Erhaltung der Volksgemeinschaft unter sich, der Jude [dagegen] als Mittel zur Ausbeutung anderer Völker.“¹⁷

Wenige Jahre später heißt es in „Mein Kampf“,¹⁸ dass der „Arier“ unter Arbeit

„keineswegs eine Tätigkeit zum Lebensunterhalt an sich versteht, sondern nur ein Schaffen, das nicht den Interessen der [in der Volksgemeinschaft zusammengefassten] Allgemeinheit widerspricht. Im anderen Falle bezeichnet er das menschliche Wirken [...] als Diebstahl, Wucher, Raub“ – Begriffe, die Hitler, Streicher und anderen dem zum Stereotyp gewordenen „Juden“ als angeblichem „Parasiten im Körper anderer Völker“ zuschrieben.

Arbeit wird also als völkisch-rassische Pflichterfüllung definiert, die im Übrigen (aber das nur nebenbei) kein Recht auf Arbeit impliziert.¹⁹ Nicht einmal für den „arischen Volksgenossen“, der in Zeiten vorübergehender Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit, die es namentlich in der Konsumgüterindustrie auch nach 1936 immer wieder gab, komplikationslos „freigesetzt“²⁰ werden konnte. Arbeit „als Pflichterfüllung für die Volksgemeinschaft“ hieß vor allem, dass nicht mehr der Einzel-

¹⁷ Rede Hitlers vom 12. Aug. 1922, nach: Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus, S. 39.

¹⁸ Hitler, Adolf: Mein Kampf, S. 785.-789. Auflage. München 1943, S. 326.

¹⁹ Das „Recht auf Arbeit“ war eine zentrale Forderung der frühsozialistischen Arbeiterbewegung. Es erhielt mit der Pariser Februarrevolution von 1848 in Frankreich Verfassungsrang (bis Juni 1848). In Deutschland wurde die Forderung nach einem allgemeinen „Recht auf Arbeit“ 1848 vor allem von der „Arbeiterverbrüderung“ unter Stephan Born vorgebracht; sie stand seit seitdem programatisch im Zentrum der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung.

²⁰ Der Begriff „freisetzen“ war während der NS-Zeit nicht gebräuchlich. Er ist ein moderner Euphemismus, der unfreiwillig auf die Ambivalenz des Freiheitsbegriffs moderner Industriegesellschaften aufmerksam macht. Ähnliches gilt auch z. B. für den derzeit verbreiteten Terminus „Lohnnebenkosten“, der suggeriert, dass die Beiträge für Renten-, Pflege-, Krankenversicherungen usw. überflüssig seien – ein Ballast, den es möglichst umgehend abzuwerfen gelte.

ne zählte, sondern jeder nur noch als Glied des „Volkskörpers“ etwas wert war. Der Begriff „Arbeit“, und übrigens ebenso der der „Ehre“ oder „Arbeitsehre“, war rassistisch aufgeladen. Der nationalsozialistische Rassismus wiederum zielte nach außen, aber auch auf die Binnenverhältnisse, auf die Stellung innerhalb der „deutsch-arischen Herrenrasse“.

Zunächst zum Rassismus **nach innen**: Nur wer die erwartete Arbeitsleistung brachte, galt als vollwertig, durfte sich als Glied der „deutsch-arischen Volksgemeinschaft“ wähen. Wer über die von „erbgesunden“ deutschen „Ariern“ erwartete Leistungskraft nicht verfügte, galt schnell als „minderleistungsfähig“ – so der einschlägige Terminus. Und dies konnte in einer biologistischen Gesellschaft wie der des „Dritten Reiches“ schnell zur physischen Bedrohung werden, mindestens Zwangssterilisierung einbeschlossen. Dem Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront, das Amt der DAF, das langfristige Strategien und handlungsleitende Konzepte für die Führungsriege der Arbeitsfront um Robert Ley entwickelte, diesem Arbeitswissenschaftliche Institut galt als „allgemeine Regel, daß der Nichtgelernte, insbesondere der Ungelernte, biologisch vielfach minderqualifiziert ist.“²¹

Der Begriff der „Ehre“ wiederum, der (wie wir dem Großen Brockhaus von 1935 entnommen hatten) für das nationalsozialistische Arbeitsethos zentral war, wurde an beides, an die vollwertige Leistung wie an die politische Konformität gebunden. Dem deutschen „Volksgenossen“ wurde der „Gemeinschaftsfremde“ gegenüber gestellt. Der „Gemeinschaftsfremde“ wurde aus der „Volksgemeinschaft“ ausgestoßen und genoss nicht einmal das Minimum an Schutzrechten, das die Arbeiterschaft nach 1933 nominell noch besaß. So konnten z. B. unbotmäßige Arbeitnehmer nach dem Urteil der Arbeitsgerichte fristlos entlassen werden; der Kündigungsschutz galt nur für systemkonforme Arbeiter und Angestellte.²²

²¹ AWI der DAF. Zur Frage der „Ungelernten“. In: dass., Jahrbuch, 1941, Bd.1, S. 337.

²² Vgl. z. B. Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit, S. 377, Anm.201. Allgemein zur Deformierung des Arbeitsrechts seit 1933: Kranig, Andreas: Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich. Stuttgart 1983.

Zur zweiten Ebene des Rassismus, zum Rassismus **nach außen**. Gegenüber anderen Nationen, gegenüber anderen angeblichen Rassen, wurde der Arbeits-Begriff von den Nationalsozialisten in mehrfacher Hinsicht umgedeutet, rassistisch aufgeladen. Zuvörderst – das machte die NS-Bewegung gleich Anfang April 1933 mit ersten Pogromen und ihrem sog. Juden-Boycott deutlich – besaß der Arbeits-Begriff scharf antisemitische Konnotationen. Arbeit, so hatte Hitler in seiner von mir oben zitierten Rede 1922 deutlich gemacht, war „germanisch“ oder „arisch“. Der zum alles umfassenden Feindbild gewordene „Jude“ verkörperte in der Perspektive Hitlers und anderer führender Nationalsozialisten das schiere Gegenteil von Arbeit. Ein Jude konnte in dieser Diktion weder „Arbeiter der Faust“ noch „Arbeiter der Stirn“ sein. Er verkörperte das Kapital, den Wucher, die Ausbeutung, also das Gegenüber der „Arbeit“. Der Begriff „Kapital“ wiederum wurde von den Nationalsozialisten weiter aufgesplittert, in „schaffendes“ und „raffendes Kapital“. Die von der NS-Rassegesetzgebung als „Juden“ stigmatisierten Menschen verkörperten (das ist bekannt) dagegen das „raffende Kapital“, den „Wucher“ und mit jenem den Gegenpol zur schöpferischen „Arbeit“, die angeblich (folgt man Ley und Hitler) nur den „arischen“ oder germanischen Menschen adelte.

Dies führt zu einem weiteren Aspekt, der für den nationalsozialistischen Arbeitsbegriff gleichfalls erhebliche Bedeutung besitzt: Arbeit ist nicht gleich Arbeit. Manche Arbeit ist monoton, andere anregend und schöpferisch. Wer sich für welche Arbeit eignete, war, nach nationalsozialistischer Ansicht, gleichfalls rassistisch bedingt. Das bereits erwähnte Arbeitswissenschaftliche Institut gab auch in dieser Hinsicht die Richtung vor. Kurz vor der gewaltsamen Besetzung Polens durch deutsche Truppen publizierte dieses Institut im Kontext der damaligen Rationalisierungsdebatte als wissenschaftliche Erkenntnis, dass „der vorwiegend ostische oder ostbaltische Mensch in der Regel recht gut, der vorwiegend nordische oder fälische Mensch dagegen weniger für Fließ- und im Besonderen Bandarbeit geeignet ist.“²³

²³ AWI der DAF: Die Einsatzfähigkeit von Arbeitskräften für Fließbandarbeiten, in: dass., Jahrbuch 1939, Bd. I, S. 449. Vgl. auch ebd., S. 451. Diese Variante des Rassismus war auch psychologisch geschickt, weil sie an den gerade in – vormals häufig sozialdemokratischen oder kommunistischen – Facharbeiterkreisen weit verbreiteten Stolz auf „deutsche Qualitätsarbeit“ anknüpfen konnte. Dass dieser Aspekt für die Integration der zuvor überwiegend NS-

Das hört sich wie eine billige Propagandaparole an. Die hinter dieser Formel stehende Diskriminierung und Hierarchisierung wurde jedoch spätestens seit 1941 in wachsendem Maße in zahllosen Unternehmen Realität: Fremdarbeiter, vor allem „Ostarbeiter“, standen am unteren Ende der Betriebshierarchie. „Ostarbeiter“, in der Diktion des Arbeitswissenschaftlichen Instituts also die „ostischen oder ostbaltischen Menschen“, wurden auf unqualifizierte, monotone Arbeitsplätze gesetzt, während deutsche Arbeitnehmer, in den rassistischen Termini „nordische Menschen“, zu Vorarbeitern und Werkmeistern aufgeschult wurden.²⁴

Nur am Rande sei vermerkt, dass auch Frauen biologisch, tendenziell rassistisch eingruppiert wurden. So erklärte das Arbeitswissenschaftliche Institut der Arbeitsfront:

„Die schnell erlernbaren Handgriffe, die auch bald bis ins kleinste beherrscht und fast automatisch ausgeführt werden, binden die Frau mit geringer Denkarbeit nur lose an die Arbeit und vor allem nur lose an den Sinn der Arbeit. Sie kann sich während der Arbeit mit ihren privaten und häuslichen Freuden und Sorgen beschäftigen. [...] Das zwangsläufige Arbeitstempo bei der Bandarbeit kommt den Wünschen der industriell tätigen Frau meistens auch entgegen, da ihr dadurch die Verantwortung einer eigenen Initiative in einer Tätigkeit erspart bleibt, deren Sinn ihr fremd ist.“²⁵

oppositionellen Industriearbeiterschaft in das „Dritte Reich“ hoch zu veranschlagen ist, hat insbesondere Lüdtko, Alf: Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. Hamburg 1993, bes. S. 307-310, 402-409, gezeigt.

²⁴ Grundlegend Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“, Berlin/Bonn 1985. Vgl. außerdem ders.: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001, S. 129-189; Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa, 1939-1945. Stuttgart/München 2001.

²⁵ AWI der DAF: Zum Arbeitseinsatz der Frau in Industrie und Handwerk. In: dass., Jahrbuch 1940/41, Bd. I, S. 399.

(II.) Sozialpolitische Praxis und soziale Verhältnisse

(II.1.) Die „Arbeiter der Faust“

Um den Kontrast zwischen sprachlicher Sphäre und der tatsächlichen sozialen Lage der Arbeiterschaft seit 1933 besser herausarbeiten und pointierter zuspitzen zu können, knüpfe ich an eine aktuelle Kontroverse an – an die Thesen des Berliner Historikers und Journalisten Götz Aly in seinem vor einem halben Jahr erschienenen Buch „Hitlers Volksstaat“, die eine breite öffentliche Resonanz gefunden haben. Die Kernthese Alys lautet: Der Nationalsozialismus habe die sozialen Unterschiede eingeebnet; er sei anti-elitär und Hitler ein „Volkskanzler“ gewesen. Das NS-Regime habe „Milde gegen die Massen“ walten lassen und „klassenbewußt innenpolitisch die Lasten zum Vorteil der sozial Schwächeren verteilt“. Die NS-Diktatur müsse folglich als „Gefälligkeitsdiktatur“ und „Volksstaat“ verstanden werden. Der moderne Sozialstaat schließlich sei die weitgehend bruchlose Fortsetzung der rassistischen „Fürsorgediktatur“ der Nazis gewesen.²⁶

Schauen wir uns die vermeintliche „Fürsorge“ der Nazis etwas genauer an: Um die These vom „Volksstaat“ zu stützen, der „die Lasten zum Vorteil der sozial. Schwächeren verteilt“ habe, hätte es nahe gelegen, sich den zentralen Indikator einmal genauer anzuschauen, der über die Stichhaltigkeit der These eines egalitären oder zumindest egalisierenden „Volksstaates“ entscheidet: die Lohn-, Einkommens- und Arbeitszeitentwicklung. Aly geht auf die Lohn-, Einkommens- und Arbeitszeitentwicklung jedoch gar nicht oder nur ganz beiläufig ein. Während er die Steuerpolitik auf fünfzig Seiten wortreich abhandelt, spricht er Löhne und Gehälter nur in fünf Zeilen an – und stellt deren Entwicklung zudem nicht einmal korrekt dar.²⁷ Holen wir also nach, was Aly versäumt.²⁸

²⁶ Zitate: Aly, Götz: Volksstaat, S. 36 f., 49, 77 ff. u. ö.

²⁷ Ebd., S. 49. Zur Kritik Alys vgl. ausführlich: Sozial.Geschichte 20/2005, Heft 3. Darin auch ausführlicher meine hier knapp formulierte Kritik: Hachtmann, Rüdiger: Öffentlichkeitswirksame Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys „Volksstaat“, erscheint in: ebd., S. [].

²⁸ Ausführlich zu den nominellen Bruttostunden- und Bruttowochenverdiensten: Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit im Dritten Reich. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen 1933-1945. Göttingen 1989, bes. S. 92-135, zur

Zunächst zu den nominellen Bruttostundenverdiensten. Die nominellen Bruttostundenverdienste deutscher Arbeiter beiderlei Geschlechts lagen 1936 um sage und schreibe 22,8% und selbst 1943 noch um 8,0% unter dem Stand von 1929. Selbst diese auf der amtlichen Lohnstatistik basierenden Prozentwerte beschönigen die Einkommenskonstellationen zugunsten des NS-Regimes. Denn in die Angaben zu den Stundenverdiensten flossen sämtliche Überstunden-, Sonntagszuschläge etc., mithin die Veränderungen der Arbeitszeiten ein. Und die hatten sich erheblich verlängert. Die Arbeitszeiten vor allem männlicher Industriearbeiter erhöhten sich zwischen 1929 und 1941 erheblich: 1941 lag die durchschnittlichen Wochenarbeitszeit um 10,3% über dem Niveau des letzten Jahres vor der Weltwirtschaftskrise. In zahlreichen Industriesektoren, insbesondere in weiten Teilen der Rüstungsindustrie wurden die Arbeitszeiten weit über die 60-, mitunter sogar über die 72-Stunden-Woche hinaus verlängert. Allein dies macht vor allem den Vergleich der Wochen- und Jahreseinkommen, aber auch den der Stundenverdienste problematisch. Hinzu treten die vielfache Aushöhlung der als Tarifordnungen zumeist weitergeltenden vormaligen Tarifverträge und die steigende Zahl untertariflich Entlohnter in vielen Branchen.

Betrachtet man zudem den Gesamtumfang aller lohnbezogenen Abgaben, die die Bruttoverdienste zu Nettoeinkommen machen, verliert schließlich das zentrale Argument Alys, die steuerpolitische Begünstigung gering verdienender Arbeitnehmer, deutlich an Überzeugungskraft. Zwar blieben die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung im Wesentlichen konstant. Allerdings wurde 1930 mit der von allen Lohn- und Gehaltsempfängern zu zahlenden „Bürgersteuer“ eine zusätzliche Abgabe zur Finanzierung des staatlichen Haushaltsdefizits eingeführt. Sie wurde – obwohl als nur vorübergehendes, krisenbedingtes „Notopfer“ gedacht – bis 1945 beibehalten und zur Rüstungs- und Kriegsfinanzierung genutzt. Nach der NS-Machtergreifung traten quasi

Arbeitszeitentwicklung: ebd., S. 50-53, sowie zu den Lebenshaltungskosten und Realeinkommen: ebd., S. 154-160. Außerdem: ders.: Lebenshaltungskosten und Realeinkommen während des 'Dritten Reiches'. In: Vierteljahrsschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 75/1988, S. 32-73; ders.: Arbeitsmarkt und Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1929-1939. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXVII/1987, S. 177-227.

obligatorischen Spenden an das „Winterhilfswerk“ hinzu sowie die Mitgliedsbeiträge für die Deutsche Arbeitsfront, der seit 1937 mehr als 90% und bei Kriegsbeginn fast die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft angehörte. Die letztgenannten Abgaben, deren Höhe immer wieder Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen hervorrief, tauchen in den offiziellen Angaben des Statistischen Reichsamtes und ebenso bei Aly gar nicht erst auf. Entgegen dem freundlich gefärbten Selbstbild des NS-Regimes erhöhten sich die Lohnabzüge in Relation zu den Bruttowochenverdiensten von 12,5% 1929 auf 18,1% nach Kriegsbeginn. Die Nettoverdienste abhängig Beschäftigter sanken also noch deutlich stärker als die Bruttoverdienste. Auch die Angaben des Statistischen Reichsamtes zur Entwicklung der Realeinkommen vermitteln ein stark geschöntes Bild. Legt man dagegen interne Schätzungen der zuständigen Ministerialbürokratie zugrunde, sanken die wöchentlichen Nettorealeinkommen im Reichsdurchschnitt in den zehn Jahren vor Beginn des Zweiten Weltkrieges um mindestens zehn Prozent.

Ich werde sie jetzt nicht weiter mit Lohndaten und anderen trockenen Zahlen behelligen. Wichtig ist, dass die nähere Betrachtung der sozialen Verhältnisse ein gänzlich anderes Bild ergibt, als Götz Aly gezeichnet hat. Nimmt man die Diktion Alys auf, muss man von einer ausgesprochenen „Härte gegen die arbeitenden Massen“ sprechen. Das NS-Regime verteilte „klassenbewußt innenpolitisch“ die Lasten einseitig auf die Schultern der „sozial Schwachen“, zum Vorteil der politischen Machthaber und der Besitzenden.

Nicht Götz Aly hat Recht, sondern Hermann Göring. Der nicht nur dicke, sondern auch mächtige Reichsmarschall, seit Herbst 1936 wirtschaftspolitisch der starke Mann im „Dritten Reich“, hat die sozialpolitische Praxis der Nationalsozialisten gegenüber der Arbeiterschaft, als der Kerngruppe der sog. Arbeiter der Faust, während einer internen Besprechung in die prägnante Formel: „Kanonen statt Butter“, gegossen. Mit der Formel „Kanonen statt Butter“ konnte man freilich schlecht öffentlich Politik machen. Man sucht sie deshalb in der Propaganda vergeblich.

(II.2) Die „Arbeiter der Stirn“

Soweit die „Arbeiter der Faust“. Wie war das nun mit den sog. Arbeitern der Stirn? Michael Prinz hat in seiner bekannten Studie über „Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit“ als Element nationalsozialistischer Propaganda die heftige Polemik „gegen den Standesdünkel des ‚Stehkragenproletariats‘“ herausgestellt. Dieser vermeintliche „Standesdünkel des Stehkragenproletariats“ sollte durch „eine uneingeschränkte Kameradschaft mit den ‚Arbeitern der Faust‘“ abgelöst werden – so wollten es nicht zuletzt die Propagandisten der Arbeitsfront. Der Begriff des „Angestellten“ dagegen sei, so Prinz, in der parteioffiziellen Propaganda kaum mehr aufgetaucht und durch „Arbeiter der Stirn“ oder gleich ganz durch den nivellierenden Terminus „Gefolgschaft“ ersetzt worden.

An dieser Feststellung ist durchaus etwas dran. Der Kampf der NS-Propaganda gegen den vermeintlichen oder tatsächlichen „Kastengeist“ der Angestellten hat in mancherlei Hinsicht tatsächlich zu einer Statusabwertung geführt, allerdings nur für bestimmte Angestellten-schichten. Der Befund von Prinz trifft vor allem die einfachen Angestellten.²⁹ Die waren seit Mitte der zwanziger Jahre freilich auch zunehmend mit dem Phänomen konfrontiert, das gemeinhin als Taylorisierung und betriebliche Rationalisierung bezeichnet wird und mit einer zunehmenden Monotonie der Tätigkeiten einfacher Angestellter einherging.³⁰ Indessen veränderten sich die Arbeitsplatzstrukturen nicht nur der Angestellten, sondern auch die der Industriearbeiter. Facharbeiter waren im Gefolge der Einführung von Fließbandfertigung und teilautomatisierter Produktionssysteme seit den zwanziger und verstärkt seit Mitte der dreißiger Jahre in wachsendem Maße mit Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten befasst, während die eigentliche Handarbeit zurückging.³¹ Eine Einebnung der Statusunterschiede zwischen den Facharbeitern und einfachen Angestellten war in dieser Perspektive nur lo-

²⁹ Vgl. Prinz, Michael: Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit. München 1986, bes. S. 130-139, Zitat: S. 131.

³⁰ Vgl. ebd., bes. S. 202-205.

³¹ Ausführlich Hachtmann, Rüdiger: Rationalisierung und Industriearbeiterschaft 1900 bis 1945. Bemerkungen zum Forschungsstand. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1996/I, S. 211-258. Vgl. ferner Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit, S. 67-82.

gisch und kein ideologischer Kraftakt. Sie wurde im Übrigen von vielen Großunternehmen antizipiert, indem diese eine wachsende Zahl ihrer Facharbeiter auch nominell zu „technischen Angestellten“ machte.³²

Wichtig ist allerdings festzuhalten, dass die Einebnung der Statusunterschiede nur die einfachen Angestellten und nicht die innovativen „Arbeiter der Stirn“, also die führenden Techniker und Wissenschaftler betraf. Zur Illustration eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse meiner Untersuchungen zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) unter dem Nationalsozialismus:³³ In der KWG waren, so kann man zugespitzt formulieren, die in Deutschland und vielfach auch weltweit führenden Forscher vor allem der natur- und technikwissenschaftlichen Disziplinen konzentriert.

In den ersten Monaten nach der NS-Machtergreifung gab es zum Teil heftige Konflikte zwischen Leuten aus der sog. Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) bzw. der Arbeitsfront auf der einen, und den etablierten, hoch angesehenen Wissenschaftlern in den Reihen der KWG auf der anderen Seite. Diese Spannungen, die weniger einen politischen, als vielmehr einen sozialhabituellen, zum Teil auch generationellen Hintergrund besaßen, verstummten seit Mitte 1934 – mit dem „Röhm-Putsch“, also der blutigen Enthauptung der SA-Führung. Mit der „Röhm-Affäre“ verschwanden auch die braunen Plebejer aus den Gefilden der hohen Wissenschaft. Danach wurden die Wissenschaftler vom Regime wie „rohe Eier“ behandelt. Von einer Einebnung der Unterschiede zwischen den „Arbeitern der Stirn“ und „der Faust“ war ihnen gegenüber zu keinem Zeitpunkt die Rede. Irgendwelche egalitären Anwendungen zeigten die maßgeblichen NS-Funktionäre ihnen gegenüber nicht. Warum?

Alle führenden Nationalsozialisten waren sich der trivialen Tatsache bewusst, dass sich moderne Kriege nur mit einer modernen Industrie und modernen Wissenschaften führen ließen. Seit 1936/37 wurden

³² Vgl. ebd., S. 88.

³³ Ausführlich Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, erscheint Göttingen 2006. Erste Ergebnisse finden sich in: ders.: Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“. Berlin 2004.

vor dem Hintergrund der forcierten Aufrüstung auch die Wissenschaften gefördert, und zwar vor allem die kriegswichtigen natur- und technikwissenschaftlichen Fachdisziplinen – auf Kosten der Geistes- und (nicht anwendungsorientierten) Sozialwissenschaften. Die braunen Horden verschwanden. Ideologisch eifernde Nationalsozialisten wie Gottfried Feder spielten seit 1934 keine Rolle mehr oder verloren an Einfluss, wie z. B. Julius Streicher oder Alfred Rosenberg. Macher vom Typus Göring und technokratische Nationalsozialisten vom Typus Fritz Todt und Albert Speer begannen die Szene zu beherrschen.³⁴ Sie sicherten Wissenschaftlern und Technikern die bestehenden Privilegien und Freiheiten.

In der älteren historischen Forschung und in den Medien wird gern auf die angebliche Wissenschaftsfeindlichkeit der Nationalsozialisten verwiesen. Dieses lieb gewonnene Vorurteil führt, wie die Wissenschaftsgeschichte vor allem in den letzten Jahren überzeugend herausgearbeitet hat, in die Irre.³⁵ Typisch für die Nazis war zweifelsohne

³⁴ Dies gilt selbstverständlich nur als sehr grober Trend. Besser wäre – mit Blick auf den Gesamtkomplex des NS-Herrschaftssystems – von einer Art Arbeitsteilung zu sprechen: Neben den „Machern“ und „Technokraten“ innerhalb der NS-Führungselite spielten Ideologen weiterhin eine wichtige Rolle, wie die bleibend einflussreiche Stellung etwa von Goebbels oder Himmler zeigt.

³⁵ Vgl. u. a. Maier, Helmut (Hrsg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften. Göttingen 2002; ders.: Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in den Kaiser-Wilhelm-Instituten und im KWI für Metallforschung 1900 bis 1945/48, erscheint Göttingen 2006; Schmaltz, Florian: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie. Göttingen 2005; Heim, Susanne (Hrsg.): Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus. Göttingen 2002; dies.: Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933-1945. Göttingen 2004. Dass die hier grob umrissenen Trends keineswegs nur für die KWG gelten, ist u. a. folgenden Arbeiten zu entnehmen: Ash, Mitchell: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander. In: Rüdiger v. Bruch/Kaderas, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden 2002, S. 32-51; ders.: Wissenschaft – Krieg – Modernität: Einführende Bemerkungen. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 19 (1996), S. 69-75. Unter den älteren Arbeiten Bahn brechend: Mehrtens, Herbert: Kollaborationsverhältnisse: Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie. In: Meinel, Christoph/Voswinckel, Peter (Hrsg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik im Natio-

ein ausgeprägter Antiintellektualismus. Sie wollten keine selbständig denkenden Intellektuellen, die sich zudem noch öffentlich politisch exponierten – gleichgültig ob im linken Lager, als Nationalliberale oder Konservative. Die Nationalsozialisten wollten ihre politischen Ziele und Entscheidungen nicht kritisch kommentiert wissen. Gegen Wissenschaften und Wissenschaftler hatten die führenden Nationalsozialisten dagegen nichts, im Gegenteil. Sie wurden hofiert – soweit sie sich nicht öffentlich mit eigenen politischen Positionen exponierten, also nicht zu Intellektuellen wurden, und sofern sie sich dem Primat der Aufrüstung und Kriegführung unterwarfen.

Ich kann hier zur Illustration des nationalsozialistischen Selbstverständnisses nur Schlaglichter setzen und zitiere zunächst den Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, Bernhard Rust. Rust wandte sich in seiner Rede zu Beginn der feierlichen Eröffnung des Reichsforschungsrates am 25. Mai 1937 ausdrücklich und im Beisein Hitlers gegen das „liberalistische“ Vorurteil,

„daß der Nationalsozialismus seinem Wesen nach wissenschaftsfeindlich ist und lediglich aus politischen, d. h. taktischen Gründen die Wissenschaft leben läßt, nicht ohne sie freilich ihrer eigensten Natur, d. h. ihrer Freiheit beraubt zu haben.“ Diesem Vorurteil widersprach Rust vehement: „Das deutsche Volk“, d. h. das NS-Regime, das für sich in Anspruch nahm zu artikulieren, was Wille der „Volksgemeinschaft“ sei, „verlangt nicht nach einer Wissenschaft, die nur nachredet, was die politische Führung für richtig erkannt hat“.³⁶ Sie wolle, im Rahmen der vorgegebenen allgemeinen politischen Zielsetzungen, die Freiheit der Wissenschaften.

nalsozialismus – Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Stuttgart 1984, S. 13-32; Flachowsky, Sören: Der Reichsforschungsrat. Geschichte – Strukturen – Wirkungen. Erscheint Stuttgart 2006. Ausführlich zu den hier nur angerissenen Themenkomplexen: Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Erscheint Göttingen 2006.

³⁶ Rust, Bernhard: Rede anlässlich der Eröffnung des Reichsforschungsrates am 25. Mai 1937. Ein Ehrentag der deutschen Wissenschaft. Die Eröffnung des Reichsforschungsrates am 25. Mai 1935, hrsg. von der Pressestelle des Reichserziehungsministeriums, Berlin 1935, S. 45 ff. bzw. Abschrift des Erlasses in: Bundesarchiv Berlin, R 26 III, Nr.1, hier: S. 13.

Rust war selbstverständlich nicht der Einzige. Göring erklärte Mitte 1942 mit nationalistischen Pathos, dass trotz der Eitelkeit der „einzelnen Professoren“ und ihrer Konkurrenz untereinander, „der deutsche Geist eben doch geschürft und trotz allem unendlich viel auf allen Gebieten erreicht“ habe, und lobte hier vor allem die KWG mit ihren auch nach 1933 zahlreichen Nobelpreisträgern.³⁷ Göring, zu diesem Zeitpunkt noch der nach Hitler zweitmächtigste Mann der Diktatur, und Rust waren keine einsamen Rufer in der Wüste. Sie gehörten zu dem vielstimmigen Chor der selbstverständlich nicht altruistischen Wissenschaftsförderer, darunter selbst eifernde rassistische Ideologen wie Himmler, und ließen ihren Worten auch Taten folgen: 1936 hatte die Wissenschaftsförderung im „Dritten Reich“ das Weimarer Spitzenniveau von 1929 überschritten. Danach wuchsen die Etats keineswegs nur der KWG, sondern auch anderer Institute in Sprüngen, die die Max-Planck-Gesellschaft, die DFG und andere Wissenschaftsinstitutionen heute vor Neid erblassen lassen würde.³⁸ „Freiheit“ der Wissenschaft, d. h. Methoden- und konzeptioneller Pluralismus sowie die organisatorische Autonomie renommierter Wissenschaftsinstitutionen, und ein barbarisches Herrschaftssystem – das wird hier deutlich – schlossen sich keineswegs aus. Das hat wissenschaftsethische Implikationen, die darzustellen den Rahmen dieses Beitrags sprengen würden.³⁹

³⁷ Göring, Hermann nach: Protokoll der Konferenz über die Reorganisation des Reichsforschungsrates vom 6. Juli 1942. In: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RL 3, Nr. 56, Bl. 302-376, Zitate: Bl. 304 f. Auf dieser Konferenz waren sämtliche einflussreichen Wissenschaftspolitiker sowie weitere politische Spitzen des NS-Regimes versammelt. Allen ging es darum, die Wissenschaften vor dem Hintergrund der Veränderungen auf den Kriegsschauplätzen unter dem Primat des Krieges weiter forciert zu fördern.

³⁸ Ausführlich Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“, bes. Kapitel 3. Einen ersten Überblick bietet: ders.: Eine Erfolgsgeschichte?

³⁹ Vgl. z. B. Maier, Helmut: Aus der Verantwortung gestohlen? Die rhetorische Figur der „Grundlagenforschung“ als Persilschein für Rüstungsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung vor und nach 1945. In: Günther Bayerl/Werner Lorenz (Hrsg.): Technik und Verantwortung im NS-Staat – kein aktuelles Problem? Münster 2004, S. 47-77.

Wichtig in unserem Zusammenhang ist, dass es folglich kein Zufall ist, dass im gesamten, für die NS-Zeit gut erhaltenen Schriftwechsel der KWG der Ausdruck „Arbeiter der Stirn“ kein einziges Mal auftaucht. Auch in den Untersuchungen z. B. zur Preußischen Akademie der Wissenschaften finden sich keine Hinweise darauf, dass die dort versammelten, renommierten Gelehrten irgendwann von wissenschaftspolitischen NS-Funktionsträger als „Arbeiter der Stirn“ tituiert worden wären.⁴⁰ Eine Sichtung der inzwischen zahlreichen, einschlägigen Untersuchungen über die Hochschulen im „Dritten Reich“ würde vermutlich zu einem ähnlichen Ergebnis führen.

Nicht zuletzt dieser Befund lässt den Schluss zu, dass die Formeln von den „Arbeitern der Stirn“ und „Arbeitern der Faust“ vor allem an die „Arbeiter der Faust“, also die industrielle Arbeiterschaft gerichtet waren. Sie und auch die einfachen Angestellten sollten durch die gebetsmühlenartigen Wiederholungen des Stereotyps von den „Arbeitern der Stirn“ und „der Faust“ in der Illusion gehalten werden, dass die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ zur Einebnung sozialer Unterschiede führen werde. Zwar wurden die Grenzen zwischen den alt-hergebrachten Ständen und Klassen durchlässiger, ein sozialer Aufstieg und ebenso Abstieg leichter als vorher möglich. Das ändert jedoch nichts an dem Tatbestand, dass die NS-„Volksgemeinschaft“ schroff hierarchisch blieb.⁴¹

⁴⁰ Vgl. die einschlägigen Aufsätze in: Fischer, Wolfram / Hohlfeld, Rainer / Nötzoldt, Peter (Hrsg.): Die preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914-1945. Berlin 2000.

⁴¹ Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die soziale Hierarchie der NS-Gesellschaft zunehmend zersplitterte – mit der Tendenz zur sozialen Atomisierung breiter Gesellschaftsschichten. Atomisierung und Individualisierung – die mit Blick auf die Arbeiterschaft durch individualisierte Entlohnungsformen und Gehaltseinstufungen, durch differenzierte Arbeitsbewertungssysteme quasi künstlich forciert wurde – ließen soziale Schranken und Deklassierungen auf der subjektiven Ebene weniger spürbar erscheinen. Sie verfestigten den von der NS-Propaganda hervorgerufenen (und von Aly übernommenen) Eindruck einer tendenziell klassenlosen „Volksgemeinschaft“. Zu Leistungsentlohnung, Arbeitsbewertungssystemen etc. und ihren sozial-mentalenen Folgen vgl. Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit, S. 161-223.